

**Am Rande Europas? Der Balkan – Raum und Bevölkerung
als Wirkungsfelder militärischer Gewalt
(49. Internationale Tagung für Militärgeschichte)**

Potsdam, 15. bis 17. September 2008

Der Balkan war seit Jahrhunderten nicht nur Schauplatz der wechselseitigen Befruchtung und Verschmelzung von Ethnien, Religionen und Kulturen, sondern auch fortgesetzt Raum gewaltsamer Auseinandersetzungen. Nach der Beendigung des Kalten Krieges kulminierten diese Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien: Im Zuge der Auflösung des jugoslawischen Staates 1991 kam es zu Bürgerkriegen und ethnischen Vertreibungen, die neben der Neuzeichnung der Landkarte und einer grundlegenden Veränderung der Siedlungsstrukturen auch neue Formen internationalen Engagements zur Friedensschaffung und -erhaltung generierten. Die Vielschichtigkeit regionaler Problemlagen vor der Haustür Mitteleuropas wird insbesondere durch den schwierigen Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen im nun unabhängigen Kosovo verdeutlicht.

Die von *Bernhard Chiari* und *Gerhard P. Groß* konzipierte 49. Internationale Tagung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) bot 100 Teilnehmern ein Gesprächsforum über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Balkans. Die Konferenz führte Militärhistoriker, Südosteuropahistoriker sowie Praktiker aus Militär und Politik zusammen. Fragen des Völkerrechts sowie fachwissenschaftliche Perspektiven aus verschiedenen Bereichen der Kulturwissenschaften sowie zu aktuellen politischen und militärischen Problemen ergänzten Beiträge aus der Militärgeschichte und der Südosteuropa-Forschung. Das MGFA, als Ressortforschungseinrichtung des Bundesministeriums der Verteidigung beauftragt mit wissenschaftlicher Militärgeschichte und historischer Bildung – seit einigen Jahren auch speziell für die Einsatzkontingente der Bundeswehr – brachte sich damit als Moderator in eine Diskussion ein, welche Wissenschaft, Politik und Militär immer stärker mit einer kritischen Öffentlichkeit verbindet.

In seinem öffentlichen Abendvortrag spannte *Holm Sundhaussen* (Berlin) einen Bogen von den historischen Konflikten auf dem Balkan bis ins 21. Jahrhundert. *Sundhaussen* analysierte mit den ethnischen Siedlungsstrukturen, den nationalen Fragen, der Nationalisierung der Religion sowie mit der Nationalisierung sozioökonomischer Effekte vier Konfliktebenen. In

den „ethnischen Kriegen“ des 20. Jahrhunderts seien ethnische Gegensätze entgegen verbreiteten Stereotypen jedoch nicht Ursache, sondern Begleiterscheinung gewesen, instrumentalisiert von politischen Entscheidungsträgern. In dieser Hinsicht unterscheide sich der Balkanraum nicht wesentlich von anderen Regionen mit ähnlichem Konfliktpotenzial.

Die Sektion I „Internationalisierung und Friedenserzwingung auf dem Balkan“ führte auf dem Panel historische, tagespolitische und wissenschaftssystemische Aspekte zusammen. *Stefan Troebst* (Leipzig, Moderation) diskutierte einleitend die Problematik der Begriffe „Raum“ und „Gewalt“ für Historiker und Sozialwissenschaftler. *Lothar Hoebelt* (Wien) beschrieb den Berliner Kongress 1878 als Prototyp internationaler Konfliktregelung. *Hoebelt* führte aus, dass die „Balkanvölker“ als wesentlich Betroffene nur als Bittsteller an der Konferenz beteiligt gewesen seien, und analysierte die Schwachstellen der Sicherheitsarchitektur des europäischen Konzerts, das sich mit den Folgen des beginnenden osmanischen Staatszerfalls auseinanderzusetzen hatte. Den Russisch-Türkischen Krieg 1877/78 im Vorfeld des Berliner Kongresses ordnete *Hoebelt* zwar nicht als epochemachenden, wohl aber als richtungsweisenden Krieg ein: Kombattanten und Nicht-Kombattanten waren hier erstmalig nicht voneinander zu unterscheiden. *Günther Kronenbitter* (Atlanta/USA) sprach über das diplomatische Scheitern in der Julikrise 1914. Die Ereignisse der 1990er Jahre hätten die Forschung zu einer neuen Betrachtung des serbisch-österreichischen Konflikts angeregt und die Verhältnisse zwischen 1909 und 1914 in das Zentrum vergleichender Untersuchungen gerückt. Im Mittelpunkt solle dabei der Funktionsverlust der 1878 begründeten Konzertdiplomatie vor dem Ersten Weltkrieg stehen.

Am Beispiel des Zerfalls Jugoslawiens über das Abkommen von Dayton bis zu den Statusverhandlungen für das Kosovo beschrieb der ehemalige Stellvertretende Hohe Repräsentant in Bosnien-Herzegowina *Hanns Schumacher* (Bangkok) Möglichkeiten und Grenzen internationalen Krisenmanagements sowie dessen rasante Entwicklung nach Beendigung des Kalten Krieges. Erste umfassende Ansätze (1989 bis 1993/94) dominierten die Vereinten Nationen (VN). Als Akteur von Krisen- oder „peacekeeping“-Operationen betrieben sie im genannten Zeitraum mehr Friedensmissionen, als in den 40 Jahren zuvor. 1995 bis 1999 folgte eine Stufe der Zurückhaltung und „inneren Nabelschau“. Die VN-Operationen auf dem Balkan und in Afrika galten international als gescheitert. Erstmals gewannen hingegen regionale Akteure (EU, NATO, ECOWAS etc.) an Bedeutung. Der Grundstein des heutigen Krisenmanagements wurde 1999 bis 2001 mit dem Konzept einer Zusammenarbeit von VN und regionalen Organisationen gelegt. Diese dritte Stufe lösten nach *Schumacher* maßgeblich die Bürgerkriegsbilder aus Sierra-Leone („CNN-Effekt“) und das

Kosovo-Bombardement aus. Der VN-Sicherheitsrat beschloss in dieser Zeit vier neue Missionen. Die Anschläge des 11. September 2001 markierten auch für das Krisenmanagement einen Einschnitt: Die Dynamik der Entwicklung ging verloren, Interessengegensätze zwischen USA und den VN traten in den Vordergrund.

Harald Roth trug Thesen von *Konrad Clewing* (beide Regensburg) zu aktuellen Herausforderungen für die Südosteuropäische Geschichte und Politikwissenschaft vor. *Clewing* wies auf Gemeinsamkeiten der Militärgeschichte und der historischen oder historisch argumentierenden Südosteuropa-Forschung hin: Beide Disziplinen bewegten sich im Spannungsfeld zwischen exzellenter Politikberatung und der Furcht vor politischer Indienstnahme. Gezielte methodische Erweiterungen spiegelten das Bestreben wider, exzellente Grundlagenforschung als Basis moderner, serviceorientierter Spezialdisziplinen dauerhaft zu sichern.

Einen gemeinsamen Nenner für die anschließende Diskussion bildete einerseits die Frage nach der Zukunft des Balkans sowie andererseits nach der Rolle der Europäischen Union (EU). Die „Kraft der europäischen Integration“ (*Schumacher*) werde bei eher absinkendem Konfliktpotenzial das Gesicht Südosteuropas verändern. *Stig Förster* (Zürich) prognostizierte in diesem Zusammenhang, dass sich die Nationalismen in Serbien nach einer Annäherung an die EU abschwächen würden, während *Hoebelt* demgegenüber vor einer Wiederkehr radikalisierender Mechanismen warnte. An den Beispielen der Konflikte in Bosnien-Herzegowina und Kosovo wurden Strukturen und Verfahren der internationalen Konfliktlösung sowie die Rolle der Politikberatung diskutiert. Geschichtswissenschaft und andere geisteswissenschaftliche Disziplinen seien in der Vergangenheit vor allem durch Zurückhaltung in Erscheinung getreten, anstatt ihre Expertise aktiv im Rahmen der Politikberatung einzubringen.

Sektion II „Die Peripherie als militärisches Experimentierfeld“ (Moderation: *Fikret Adanir*, Istanbul) leitete *Christian Ortner* (Wien) ein. Am Beispiel Österreich-Ungarns 1869/78 und 1882 beleuchtete Ortner die Erfahrungen einer westeuropäischen Armee auf dem Balkan und stellte einleitend fest, dass „der Österreicher“ des 19. Jahrhunderts weder ein geborener Gebirgssoldat noch Balkanspezialist gewesen sei. Ortner zeigte vielmehr den schmerzlichen Lernprozess auf, den das österreichisch-ungarische Militär zwischen dem Aufstand in der Krivosije 1869 bis zum Einsatz in Süddalmatien und im Süden der Herzegowina 1882 durchschreiten musste. Stolperten die K.u.k.-Verbände 1869 noch ohne Kampferfahrung in

den Konflikt, so habe man 1878 aus drei gescheiterten Expeditionen gelernt und schließlich 1882 nach taktischen Änderungen eine „erfolgreiche Kampagne“ durchführen können.

Mit den Janitscharen behandelte *Mehmet Hacısalihoglu* (Istanbul / München) eine Elite der osmanischen Streitkräfte, der eine wesentliche Brückenfunktion zwischen Tradition und Modernisierung zukam. *Hacısalihoglu* ging der Frage nach, wie sich die Janitscharen, die zeitgenössische Beobachter zur Mitte des 16. Jahrhunderts als die schlagkräftigste Armee der Welt ansahen, im Verlauf von drei Jahrhunderten zu einer unzuverlässigen und im Osmanischen Reich verhassten Truppe entwickeln konnten. Unterlag das Ansehen der Janitscharen im Osmanischen Reich schon starken Schwankungen, so herrschte in Europa im Allgemeinen und auf dem Balkan im Besonderen ein konstant negatives Bild. Dies war vor allem auf die Rekrutierungspraktiken der Janitscharen zurückzuführen: Bei der „Knabenlese“ wurden Kinder vom achten bis zum 20. Lebensjahr aus der christlichen Bevölkerung rekrutiert und muslimisch erzogen. Bis heute gelte dies auf dem Balkan als Symbol des „Türkenjochs“.

Gencer Özcan (Istanbul) diskutierte die Modernisierung der türkischen Armee am Beispiel des preußischen Einflusses. Nach der Niederlage gegen Russland 1877/78 beschloss das Osmanische Reich, seine Armee nach preußischem Vorbild zu reformieren. Ausdruck dieses Bestrebens waren u.a. der Austausch von Offizieren, die Umgestaltung der türkischen Kriegsschule, die systematische Übersetzung deutscher Vorschriften sowie der Aufbau eines Lehrbataillons. Auch nach der Niederlage der Mittelmächte 1918 blieb der preußische Einfluss bestehen: Nach der Demobilisierung beschäftigungslos gewordene ehemalige deutsche Offiziere kamen zunächst inoffiziell in die Türkei, um als Militärberater zu fungieren. Die Reichswehr und die Wehrmacht vertieften die Beziehungen später: 1926 wurden z.B. türkische Offiziere in Deutschland ausgebildet – sie bauten u.a. den militärischen Nachrichtendienst der Türkei auf. Wie *Özcan* hervorhob, blieben die führenden türkischen Militärkreise auch im Zweiten Weltkrieg Deutschland innerlich tief verbunden. Erst nach 1945 habe sich das türkische Militär allmählich den USA zugewandt und deren militärische Grundsätze übernommen.

Rüdiger Schiel (Mürwik) analysierte eine maritime Operation vor dem Ersten Weltkrieg, an der fünf Staaten beteiligt waren, und die zur Besetzung der Stadt Skutari führte, als frühe „Joint Operation“. Seiner Untersuchung legte *Schiel* zwei aktuelle operative Begriffe der NATO zugrunde: „Joint Operations“ bezeichnen - vereinfacht dargestellt - militärische Unternehmen, an denen auf nationaler Ebene zumindest zwei verschiedene Teilstreitkräfte

beteiligt sind. „Combined Operations“ hingegen sind durch ihre Multinationalität gekennzeichnet. Am historischen Beispiel zeigte *Schiel*, dass die Besetzung von Skutari allenfalls phänotypisch als „joint and combined“ gelten könne. Angesichts divergierender nationaler Interessen könne man von einer „Joint Operation“ sprechen, die im operativen Zusammenwirken v.a. von Marine- und Heereskräften durchaus moderne Züge trage.

Rudolf Schlaffer (Potsdam) erinnerte daran, dass sich die Bundeswehr seit nunmehr über zehn Jahren im „Out of Area“-Einsatz auf dem Balkan befindet: Anfang der 1990er Jahre konnte sich das wiedervereinigte Deutschland aufgrund seiner neuen außenpolitischen Verantwortung nicht aus dem blutigen Sezessionsprozess in Jugoslawien heraushalten. Mit dem Balkan-Einsatz veränderten sich die außen- und sicherheitspolitischen Konzepte Deutschlands sowie die strategischen und operativen Aufgaben deutscher Streitkräfte als Teil der NATO. Der Balkan als Raum stand fortan in einem unmittelbaren Beziehungszusammenhang mit der Übernahme einer neuen Rolle Deutschlands. Für die Bundeswehr bedeutete der Balkaneinsatz laut *Schlaffer* die „Ankunft in der Wirklichkeit“ und beschleunigte den Umbau zur Einsatzarmee auf allen Ebenen. *Dmitar Tasić* (Belgrad) fragte in diesem Zusammenhang nach der Qualität von Friedensordnungen und richtete den Blick vergleichend auf die Situation nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien. Obwohl nach 1918 und 1945 offiziell Frieden herrschte, seien die instabilen Nachkriegsordnungen nicht überall auch Friedensordnungen gewesen. Staat und Armee sahen sich mit unlösbaren Herausforderungen konfrontiert. In einigen Teilen des Landes zogen die Menschen die Grenze zwischen Krieg und Frieden deutlich anders, als dies die Daten der Waffenstillstandsvereinbarungen nahe legten.

Die Diskussion nach Sektion II vertiefte anhand der präsentierten sowie aktueller Beispiele die unterschiedlichen Voraussetzungen sowie das Lernverhalten militärischer Apparate bei der Auseinandersetzung mit neuen Einsatzverfahren, aber auch in der Konfrontation mit fremden Kulturen. Ebenso reizvoll wie problematisch erwies sich der Ansatz, aktuelle Konzepte der „cultural awareness“ in die Vergangenheit zu projizieren und – etwa für den Fall Österreich-Ungarns – nach „Vorbildern“ für die interkulturelle Ausbildung von Soldaten im 21. Jahrhundert zu suchen. Die scheinbare „Modernität“ interkultureller Auseinandersetzung in Vielvölkerreichen dürfe weder den Historiker noch den politischen Berater zu voreiligen Gleichsetzungen verleiten, so *Fikret Adanir*.

Die von *Jürgen Angelow* (Potsdam) geleitete Sektion III „Der Balkan als Austauschfeld von Krieger-Kulturen“ ging der Frage nach, was das Spezifische an der Kriegführung auf dem

Balkan gewesen sei. Gab es überhaupt gravierende regionale Spezifika, und ist der Begriff der „Balkanisierung“ für allgemeine Gewaltphänomene gerechtfertigt? Kam es zu Erfahrungstransfers? *Jan Philipp Reemtsma* (Hamburg, Beitrag verlesen) erläuterte das Bild des Partisanen in der deutschen Literatur. Am Beispiel Heinrich von Kleists „Hermanns Schlacht“, Hermann Löns' „Wehrwolf“ und Felix Dahns Roman über Julianus Apostata erläuterte *Reemtsma* die Faszination, die von kriegerischer Irregularität ebenso wie vom Bewusstsein der Gefährdungen – psychischer wie zivilisatorisch-normativer Art – ausgegangen sei. *Aleksandar Jakir* (Split) behandelte den Partisan als Prototyp des Balkankämpfers und analysierte entsprechende Stereotypen in Deutschland bis 1945 sowie den Mythos in der Volksrepublik Jugoslawien und ihren Nachfolgestaaten. *Jakirs* semantische Textanalyse zeichnete den Partisanenmythos im ehemaligen Jugoslawien in erster Linie als politischen Mythos, der vor allem im Sinne einer Verklärung und Überhöhung gewirkt habe: Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges bis Ende der 1980er Jahre kam ihm eine wichtige legitimationsstiftende Rolle in Jugoslawien zu. Die brutalen Verfolgungen von „Kollaborateuren“ nach 1945 wurden dagegen zunächst kaum thematisiert, um dann seit Ende der 1980er Jahre in nationalen Polemiken erneut instrumentalisiert zu werden. *Jakir* verwies mit den bis heute kaum gesicherten Opferzahlen auf ein wesentliches Forschungsdesiderat zum jugoslawischen Partisanenkrieg.

Oliver Stein (Potsdam) referierte über das deutsche Bulgarienbild 1912-1918. Auf Basis von Presseberichten vollzog *Stein* die Veränderungen nach, denen das Bild Bulgariens in diesen Jahren je nach politischer Konjunktur in Deutschland unterlag. Neben Brüchen (positiv nach dem Kriegseintritt Bulgariens auf Seiten der Mittelmächte 1915) stellte *Stein* Kontinuitäten wie das „Orientalische“ fest, das gleichzeitig mit Fremdheit wie Unzivilisiertheit assoziiert worden sei. *Gundula Gahlen* (Potsdam) nahm die Erfahrungshorizonte deutscher Kriegsteilnehmer in Rumänien während des Ersten Weltkrieges in den Blick. Deutsche Soldaten stießen in einen weitgehend unbekanntem Raum vor, zu dem sie keinen mentalen und kulturellen Bezug hatten. Auf die einheimische Bevölkerung reagierten sie mit einem allgemeinen Überlegenheitsgefühl und empfanden den Einmarsch in Siebenbürgen 1916 als „Kulturschock“.

Der Mythos der jugoslawischen Partisanenbewegung stand im Mittelpunkt der folgenden Diskussion. *Hoebelt* betonte, dass die militärischen Erfolge der Partisanenverbände gegen die Besatzungsmächte minimal gewesen seien. Ihren Erfolg sah er vielmehr im politischen Bereich, so in der Destabilisierung des kroatischen Ustascha-Regimes. *Sundhaussen* betonte demgegenüber die Erfolge der jugoslawischen Partisanenverbände und ihrer Doktrin, die

Indonesien und andere Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg übernommen hätten. *Jakir* räumte ein, dass diese Grenze zwischen Mythos und Realität bislang nicht zuverlässig zu ziehen sei, und verwies auf die ungebrochene Gültigkeit nachträglicher „Meistererzählungen“. Nach wie vor komme dem Partisanenmythos im ehemaligen Jugoslawien erhebliche gesellschaftliche Relevanz zu. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die überaus heterogenen deutschen Vorstellungen vom Balkan während des Ersten Weltkrieges, maßgeblich mit geprägt durch die österreichisch-ungarische Sichtweise und Erkenntnisse des österreichischen Nachrichtendienstes.

Die abschließende Sektion IV (Leitung: *Groß*) behandelte ethnische und genozidale Kriegführung auf dem Balkan. *Marco Sigg* (Zürich) sprach über die Balkankriege 1912/13 und ging insbesondere auf das Kriegsvölkerrecht, bulgarische Gräueltaten und den „Carnegie-Bericht“ ein. Dieser war für die Aufarbeitung der Kriegsgräueltaten von grundlegender Bedeutung und stand am Beginn der modernen Debatte zur Frage der supranationalen Durchsetzung des Kriegsvölkerrechts und der internationalen Ahndung von Kriegsverbrechen. *Siggs* Referat zeigte auf, wie sehr die während der Balkankriege verübten Gräueltaten mit den Normen des Haager Rechtes kollidierten, in welcher Weise die internationale Presse darüber berichtete und wie schließlich die „Carnegie-Kommission“ die neue Qualität der Kriegführung beurteilte. Das Verhältnis von militärischer Gewalt und zivilem Widerstand während des Serbienfeldzuges 1914/15 war Gegenstand des Referates von *Oswald Überegger* (Innsbruck). *Überegger* ging der Frage nach, inwiefern der spezifische Charakter der Kriegführung an der Balkanfront auf der einen sowie militärische Normübertretungen, Formen zivilen Widerstands oder guerillaartiger Kämpfe auf der anderen Seite zu einer Entgrenzung der Gewalt geführt hätten. Dieses Phänomen müsse im Rahmen der bislang kaum fokussierten europäischen Dimension des Krieges untersucht werden, anstatt sich auf eine national verengte, oft zu Fehleinschätzungen führende Perspektive zu beschränken.

Zu Völkerrecht und Völkerrechtspolitik sowie zum Einfluss ethnischer und genozidaler Kriegführung auf dem Balkan im 20. und 21. Jahrhundert sprach *Thomas Breitwieser* (Leipzig). *Breitwieser* stellte klar, dass ethnisch zentrierte Kriegführung nicht unbedingt etwas mit „Krieg“ im Rechtssinne zu tun habe. Durch den Jugoslawienkonflikt seien vor allem drei Entwicklungen im Völkerrecht entscheidend angestoßen worden: das Selbstverteidigungsrecht von UN-Truppen, der Wandel vom Sicherheitsrat als Gerichtsherrn zum Römischen Statut sowie das Interventionsrecht und die Schutzverantwortung.

Harald Potempa (Potsdam) stellte in seinen Ausführungen zum Partisanenkrieg der Wehrmacht einleitend fest, dass eine Gesamtdarstellung des Partisanenkrieges deutscher Streitkräfte im Zeitalter der Weltkriege bislang fehlt. *Potempa* entwickelte die chronologischen, kulturellen und militärisch-operativen Dimensionen des Partisanenkriegs, entgrenzter Gewalt und entsprechender Erinnerungsräume. Im Falle des Balkans sei die Wehrmacht – von 1941 bis 1943 nur eine von mehreren Besatzungsmächten, nach dem Fall „Achse“ bis zu ihrem Rückzug 1944 die Haupt-Besatzungsmacht – 1941 durch den Widerstand in Kreta und Serbien überrascht worden und mit letzter Konsequenz sowie unter Einbeziehung örtlicher Kräfte in erheblichem Umfang militärisch gegen den Widerstand vorgegangen.

In der anschließenden Diskussion bezweifelte *Angelow*, dass der Partisanenkrieg die Wehrmacht auf dem Balkan tatsächlich überrascht habe. *Potempa* verwies darauf, dass es keine dem Kriegsgerichtsbarkeitserlass vor dem Angriff auf die Sowjetunion 1941 vergleichbare Weisungen gegeben habe. *Groß* führte aus, dass der preußisch-deutsche Generalstab den „Kleinen Krieg“ im Gegensatz zu den Operationen der Balkankriege vor dem Ersten Weltkrieg nur unzureichend ausgewertet habe. Militär neige grundsätzlich zu selektivem Lernen. Weiterhin wurden Probleme der bundesdeutschen Justiz bei der Verfolgung von Verbrechen des Partisanenkriegs erörtert und auf die rechtlichen Grauzonen hingewiesen – beispielsweise zeitgenössische Bestimmungen zur Rechtmäßigkeit von Geislerschießungen betreffend. *Ortner* wies auf Parallelen der asymmetrischen Kriegführung zwischen dem Balkan und Galizien hin, *Überegger* monierte das Fehlen vergleichender Untersuchungen mit anderen europäischen Kriegsschauplätzen. *Adanir* bilanzierte, dass insgesamt nicht von einer „balkanischen Kriegführung“ gesprochen werden könne. Er verwies auf den Burenkrieg und andere Konflikte, in deren Verlauf es zu einer vergleichbaren Kriegführung gekommen sei.

Ziel einer abschließenden Podiumsdiskussion war es, Fachwissenschaftler sowie politische und militärische Entscheidungsträger über Geschichte, Gegenwart und Zukunft von Konflikten auf dem Balkan ins Gespräch zu bringen. *Michael Martens* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Belgrad) sprach mit *Hoebelt*, *Schumacher* und *Sundhaussen* sowie mit dem Kommandeur Allied Land Component Command, Heidelberg, und ehemaligen Kommandeur der Kosovo-Schutztruppe KFOR, Generalleutnant *Roland Kather*. *Martens* benannte einleitend die aktuell sichtbare „Selbsterfleischung“ der Radikalen Serbischen Partei (Srpska Radikalna Stranka, SRS), die Verhaftung von Radovan Karadžić am 21. Juli 2008, den Nato-Gipfel in Bukarest im April 2008 mit der gescheiterten Aufnahme

Mazedoniens sowie die Ausrufung der Unabhängigkeit des Kosovos am 17. Februar 2008 als Brennpunkte für die aktuelle Entwicklung auf dem Balkan. Voraussagen, dass sich die gesamte Region mit der Abtrennung des Kosovos aus dem serbischen Staatsverbund destabilisieren würde, hätten sich bislang nicht bestätigt. Insgesamt sei es aber selbst für ausgewiesene Kenner kaum möglich, in die komplizierten Strukturen des Kosovos zu blicken. *Kather* erläuterte hierzu, dass eine große Herausforderung der KFOR unter seinem Kommando im Bereich der Aufklärung gelegen habe. Trotz ausreichender technischer Aufklärungsmittel sei die Informationsgewinnung durch Gesprächsaufklärung (Human Intelligence, HUMINT) durch die Strukturen kosovarischer Clans und Großfamilien an ihre Grenzen gestoßen. *Kather* ging auf die Praxis der Verhandlungen mit zentralen Akteuren im Kosovo ein und analysierte Hoffnungen und Ängste kosovarischer Jugendlicher mit Blick auf die Zukunft. Auf die Frage, ob die Unabhängigkeit des Kosovos das Ende eines historischen Prozesses darstelle, führte *Sundhaussen* die Bedeutung aus, die öffentliche Diskussionen über das Kosovo seit den 1980er Jahren im ehemaligen Jugoslawien gehabt haben und die den Anfang des Endes der Bundesrepublik markierten. Die Stellung des Kosovo verglich er mit dem völkerrechtlichen Status der ehemaligen DDR: Auch diese sei nur von einem Teil der Staatengemeinschaft anerkannt gewesen. Für Serbien werde es schwer bleiben, ein unabhängiges Kosovo zu akzeptieren - *Sundhaussen* verwies in diesem Zusammenhang auf eine eindeutige Festlegung durch die serbische Verfassung. Gleichwohl bewertete *Sundhaussen* die Loslösung des Kosovo insgesamt als Vorteil für Serbien, das neben dem Kosovo auch Probleme mit dessen Integration verliere, die den Gesamtstaat seit der Rückeroberung durch Serbien 1912/13 belastet hätten.

Neben der Frage des richtigen Zeitpunktes für die Unabhängigkeit und nach dem Verlauf weitreichender, vorbereitender „Reparaturarbeiten“ durch die Internationale Gemeinschaft, standen deren mögliche *exit strategies* für Kosovo und Bosnien-Herzegowina im Mittelpunkt der Diskussion. Neben knapper werdenden Ressourcen angesichts weiter wachsender deutscher Verpflichtungen im Ausland wurde für Bosnien-Herzegowina der schleppende Reformprozess des neuen Staates seit dem Abkommen von Dayton 1995 beklagt. Nach wie vor herrsche überwiegend Unversöhnlichkeit zwischen den Ethnien, innerhalb der politischen Elite sei kaum Austausch zu verzeichnen, die Diskussion um die Staatsform gehe weiter. Lediglich wirtschaftlich gebe es überwiegend positive Ergebnisse zu verzeichnen.

Hoebelt äußerte sich in diesem Zusammenhang zur Frage, welche Lehren für den Wiederaufbau aus der Geschichte gezogen werden könnten, und bekundete grundsätzliche Skepsis gegenüber dem applikatorischen Ansatz in der Geschichtswissenschaft. *Martens*

betonte, dass die EU-Mitgliedschaft der Balkan-Staaten zwar nicht alle Probleme lösen, aber Konflikte eingrenzen werde. *Schumacher* vertrat die Auffassung, dass die Europäer gegenwärtig die Neuvermessung Südosteuropas und eine „historische Zeitenwende“ erlebten, die im Sinne der Stabilität dauerhaftes und substanzielles wirtschaftliches Engagement erfordere.

Die Abschlussdiskussion fokussierte die Frage nach einer dauerhaften Friedensordnung für den Balkan nochmals auf die institutionelle und systemische Ebene der Militärgeschichte und Südosteuropa-Forschung. Beide Disziplinen mussten sich in den letzten Jahren vermehrt von der Politik und einer kritischen Gesellschaft danach fragen lassen, was beide Fächer zur Analyse aktueller Probleme bzw. zur politischen und militärischen Entscheidungsfindung im Rahmen der internationalen Krisenprävention und -bekämpfung auf dem Balkan beizutragen hätten. Dem Potenzial, das beide Wissenschaftsdisziplinen bereit halten, stünden nach wie vor Berührungspunkte von Fachwissenschaftlern mit dem Feld der Politikberatung und *vice versa*, aber auch mangelnde Kommunikationsforen und fehlende gemeinsame Arbeitsgruppen entgegen. Einzelne institutionelle Erfolgsgeschichten und strukturelle Initiativen können weiterhin nicht als Regel gelten. Ein Sammelband mit den Tagungsergebnissen erscheint 2009 im Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Magnus Pahl, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam